



2008/46 Ausland

<https://shop.jungle.world/artikel/2008/46/460-000-000-000>

460 000 000 000

Von **Jörn Schulz**

<none>

Die meisten westlichen Politiker hätten wohl gerne die Sorgen ihrer chinesischen Kollegen. Denn als Konjunkturerinbruch wird in China bereits gewertet, wenn das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts unter zehn Prozent fällt. Im dritten Quartal waren es nur noch neun Prozent, 1,4 Prozent weniger als in der ersten Jahreshälfte. Doch der scheinbar nicht weiter bemerkenswerte Rückgang hat gravierende Folgen. Da wegen der Rezession in der westlichen Welt die Zahl der Aufträge sank, gingen viele Betriebe der kapitalschwachen Leichtindustrie bankrott, andere behelfen sich damit, ihren Beschäftigten keinen Lohn mehr zu bezahlen. In den chinesischen Städten häufen sich die Proteste wütender Arbeiter. Ein Konjunkturprogramm soll nun Abhilfe schaffen. Der Staatsrat beschloss am Sonntag, in den kommenden zwei Jahren umgerechnet 460 Milliarden Dollar auszugeben, um die Binnennachfrage zu stärken. Vorgesehen sind vor allem eine Modernisierung der Infrastruktur, Wohnungsbau, höhere Bildungs- und Sozialausgaben sowie Investitionen in Forschung und Umweltschutz. Es soll, wie die staatliche Nachrichtenagentur Xinhua meldete, »größere Anstrengungen« bei der »Erhöhung geringer Einkommen«, aber auch Steuersenkungen für Unternehmen geben. Offenbar hält die regierende KP einen New Deal für notwendig, um die Wirtschaft zu stabilisieren und die Unzufriedenheit in der Bevölkerung zu mildern.

Der IWF-Direktor Dominique Strauss-Kahn lobte die keynesianischen Kommunisten. Das Programm werde die Weltwirtschaft stützen und »Ungleichgewichte« korrigieren: »Der IWF vertritt bereits seit langem die Auffassung, dass China seine Politik eines vom Export angetriebenen Wachstums hin zu einem von der Binnennachfrage angetriebenen Wachstum ändern sollte.« Gordon Brown hingegen hat noch mehr Wünsche. Der britische Premierminister möchte an die chinesischen Währungsreserven in Höhe von zwei Billionen Dollar heran, sie sollen dem derzeit überforderten IWF helfen, bankrotten und von der Pleite bedrohten Staaten Kredit zu geben. Doch die Chinesen wollen sich nicht in die Kasse greifen lassen. Ihr Beitrag zur Krisenbekämpfung sei es, »unser Haus in Ordnung zu bringen«, sagte Qin Gang, ein Sprecher des Außenministeriums.